

Jürgen Kerner
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Grüne Jobs, faire Jobs. Arbeitnehmerrechte in der Wind- und Solarbranche

**Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit
GewerkschaftsGrün am 26./27. Oktober 2012 in Berlin**

Abschlussdebatte am 27. Oktober 2012 um 14.00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0. Format und Teilnehmer
1. Grundlegende Vorbemerkung
2. Leitfragen des Veranstalters für das Podium
3. Individuelle Fragen des Veranstalters an Jürgen Kerner

0. Format und Teilnehmer

In der Abschlussdebatte sollen die Diskussionsstränge der Konferenz zusammengeführt werden. Der Veranstalter erwartet, dass sich etliche Fragen aus den Workshops und Podien ergeben. Gleichzeitig würde es begrüßt, wenn das Abschlusspodium noch neue Thesen, Sichtweisen und Vorschläge bringt. Die Abschlussdebatte wird in der zweiten Hälfte für Publikumsfragen geöffnet.

Podium:

- Jürgen Kerner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall
- Dirk Pollert, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Unternehmensverbandes Metall und Elektro e.V.
- Beate Müller-Gemmecke, MdB, Bündnis 90 / Die Grünen, Sprecherin von GewerkschaftsGrün
- Moderation: Peter Sellin, Heinrich-Böll-Stiftung

1. Grundlegende Vorbemerkung

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich dafür ausgesprochen, den Übergang in das Zeitalter hoher Energieeffizienz und erneuerbarer Energien zu beschleunigen.

Die Energiewende ist weit mehr als die überfällige Abkehr von der unvermeidbar gefährlichen Atomtechnik. Mit ihr verbindet die IG Metall eine nachhaltige ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft. Sie ist eine Chance für die gesamte Metall- und Elektroindustrie und weit darüber hinaus, wenn sie richtig angepackt wird. Es geht um neue Technologien und Produkte, die Maßstäbe setzen in Sachen CO₂-Reduzierung, Effizienz und Kreislaufwirtschaft.

Die Beschäftigten der Industriebranchen haben mit ihrer Kreativität und ihren Kompetenzen das Potenzial, aktiv mitzuwirken, diese Vision umzusetzen, gleichzeitig industrielle Produktion in Deutschland zu stärken und zukunftsfest zu machen.

2. Leitfragen des Veranstalters für das Podium

Was muss passieren, um die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer effektiv zu verbessern?

Was müssen die Tarifpartner leisten, um die bedrohten Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu verbessern?

Welche Beiträge kann die Politik leisten?

Beantwortung fließt bei den Antworten auf die individuellen Fragen an Jürgen Kerner ein.

3. Individuelle Fragen des Veranstalters an Jürgen Kerner

Was sind die wichtigsten Probleme der Beschäftigten in der Wind- und Solarbranche?

Die IG Metall hat Befragungen in der Solar-Branche (2011) und in der Windbranche (2012) durchgeführt

In Photovoltaik-Betrieben zu arbeiten, ist für die Arbeitnehmer überwiegend mit Verzicht verbunden. Nur knapp 42 Prozent der Arbeitnehmer müssen aufgrund ihres Einkommens keine oder nur leichte Abstriche in der täglichen Lebensführung machen. Viele Abstriche zu machen, ist für 40,8 Prozent Alltag.

Etwas besser sieht es in der Wind-Branche aus. Gut leben können immerhin 20,5 Prozent. Leichte Abstriche müssen 45,7 Prozent machen, viele Abstriche müssen 25 Prozent machen und schlecht leben können 7,7 Prozent.

Besonders dramatisch ist die Situation bei den Beschäftigten in der Produktion: Von den Leiharbeitnehmern und den Produktionsbeschäftigten geben nur 3,7 Prozent bzw. 5,8 Prozent an, gut von ihrem Einkommen leben zu können. Lediglich in den Bereichen mit zumeist akademisch qualifizierten

Beschäftigten bildet die Möglichkeit einer guten Lebensführung auf Grundlage des eigenen Einkommens die Regel.

Auch bei der Windenergie ist es in der Produktion schlimmer. Nur 4,3 Prozent der Leiharbeiter und 15,7 Prozent der Produktionsbeschäftigten geben an, gut vom Einkommen leben zu können.

In der Einstellungspraxis der Unternehmen fehlen leider vielfach dauerhafte Perspektiven. Die Befragten beobachten eine verbreitet kurzfristige Personalpolitik. Sie geben an, dass nur 11,3 Prozent in der Solar-Branche und 17 Prozent in der Wind-Branche einen festen Vertrag bei Neueinstellung bekommen. Befristung und Leiharbeit stellen offenbar die Regel dar. Der hohe Einsatz von Befristung und Leiharbeit und die oftmals sehr niedrigen Einkommen zeigen auf, dass zu häufig Geschäftsmodelle verfolgt werden, die auf Wettbewerbsvorteile durch Dumping-Löhne und Prekarisierung der Betroffenen abzielen. Mit dieser Strategie werden sich die betreffenden Unternehmen nicht im globalen Marktumfeld behaupten können. Nachhaltige und innovative Unternehmensstrategien zeichnen sich durch Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie durch Produktionskompetenz aus, die nur durch langfristig gebundene und motivierte Mitarbeiter entsteht.

Die Befragungsergebnisse zeigen in aller Deutlichkeit auf, dass auch bei den Themen Arbeitszeiten, Überstunden und der Organisation von Schichtarbeit dringender Handlungsbedarf besteht. So leistet beispielsweise mehr 27,6 Prozent in der Solar-Branche und 36,4 Prozent in der Wind-Branche regelmäßig bis zu fünf Überstunden pro Woche. 13,3 bzw. 16,5 Prozent leisten sogar bis zu zehn Stunden.

Die Gestaltung von Schichtplänen ist offenbar in der Solar-Branche vielfach schlecht gelöst: Fast drei Viertel (72,5 Prozent) der Befragten sind mit der Schichtplanung an ihrem Arbeitsplatz unzufrieden. Folgerichtig kann weniger als ein Viertel (22,7 Prozent) das Problem Vereinbarkeit von Beruf mit Familie bzw. Freizeit gut bis sehr gut lösen.

In der Windbranche sind immerhin 44,5 Prozent mit den Schichtplänen zufrieden, entsprechend können 39 Prozent Arbeit und Familie gut miteinander verbinden. Aber dennoch: Deutlich mehr als die Hälfte sind nicht zufrieden.

Einzig beim Thema Arbeitsschutz ist ein hoher Standard die erfreuliche Regel über Tätigkeitsbereiche hinweg. 79,3 Prozent in der Solar-Branche und 86,1 Prozent in der Wind-Branche sind der Auffassung, dass „eher stark“ bis „sehr stark“ auf die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen geachtet wird.

Eine Mehrheit von 54 Prozent der Beschäftigten in der Solar-Branche und 62,4 Prozent der Beschäftigten in der Wind-Branche verbinden mit ihrer Arbeit in der Photovoltaik-Branche, einen wichtigen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Hierin kommt ein Stolz zum Ausdruck, an einem gesellschaftlich sinnvollen Projekt beteiligt zu sein. Vor dem Hintergrund der vielfach problematischen Arbeitsbedingungen ist diese Haltung bemerkenswert.

Wo besteht der größte Veränderungsbedarf?

Grundsätzlich gilt: Nur gute Jobs sind grüne Jobs. Denn nur mit guten Jobs sind die Beschäftigten so kompetent und so motiviert, wie sie es sein müssen, um ihren Beitrag zu leisten, die Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten.

Die Leiharbeiter hatten in der Vergangenheit einen Anteil von ca. 20% bis 50% der Beschäftigten in den Herstellerbetrieben der Solarbranche, ihr Entgelt lag durchschnittlich 30% unter dem der Stammbeschäftigten. Aktuell nimmt der Anteil der Leiharbeiter in der Branche stark ab. Viele Unternehmen sind aktuell in Kurzarbeit.

Dennoch wird deutlich: Das A und O sind Tarifverträge. Sie sichern die Rechte der Arbeitnehmer, sie tragen aber auch zur Stabilität von Unternehmen bei. Sie schaffen einen gemeinsamen Rahmen für die Arbeitsbedingungen, der kollektiv vereinbart wird und bei veränderten Rahmenbedingungen auch in kollektiven Verhandlungen angepasst werden kann.

- Die Beschäftigten erhalten durch tarifvertragliche Regelungen eine größere Sicherheit über die Entwicklung ihrer Einkommen und Arbeitszeiten. Das ermöglicht ihnen eine verlässliche Lebensplanung und bindet sie in hohem Maße an ihren Arbeitsplatz.
- Tarifverträge erhöhen generell die Zufriedenheit und damit die Einsatzbereitschaft der Belegschaft für das Unternehmen. Die Gestaltung der Einkommen ist für die Beschäftigten nachvollziehbar, die Eingruppierung orientiert sich an den Tätigkeiten der Beschäftigten. Die vertraglichen Regelungen gelten für alle Beschäftigten gleichermaßen und schließen Willkür aus. Dennoch hat der Arbeitgeber die Möglichkeit, besondere Leistungen hervorzuheben und zu belohnen. Zudem können Unternehmen die jetzigen und künftigen Lohnkosten sicher planen.
- Tarifverträge halten die Unternehmen an, ihre Wettbewerbsfähigkeit über die Produktivität in der Fertigung, über Qualität, Service und Wartung der Produkte zu entwickeln – statt über Löhne. Sie sind damit eine wichtige Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit sowohl im Inland wie auf dem Weltmarkt. Das nützt den Unternehmen wie den Beschäftigten und ist eine Voraussetzung für eine stabile Entwicklung der Unternehmen.
- Branchenweite Tarifverträge begrenzen die Konkurrenz um qualifiziertes Personal und erlauben auch kleineren Unternehmen, mit unter Umständen langjährig geschultem Personal ihre spezifischen Profile zu entwickeln und auszubauen.

Was unternimmt die IG Metall um die Branche zu organisieren?

Die IG Metall ist aktiv in den Branchen Wind und Solar. Wir haben zu beiden Branchen sog. Weißbücher herausgebracht und bereits Umfragen unter den Beschäftigten gemacht.

Aufgrund der Situation ist es natürlich nicht einfach, aber die IG Metall wird weiterhin versuchen, die Beschäftigten davon zu überzeugen, dass ein

gemeinsames Vorgehen alle stärkt. Am Ende müssen die Beschäftigten selbst entscheiden, was sie wollen.

Wie können die Arbeitsplätze erhalten und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verbessert werden?

Zentral sind gute Beziehungen zwischen den Tarifpartnern, der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall (inklusive Mitgliedsverbände), und auf der Ebene eines jeden Unternehmens zwischen den Betriebsräten und Vertrauensleuten einerseits und dem Management andererseits – das ist das Erfolgsmodell der weltweit ebenfalls sehr erfolgreichen Metall- und Elektroindustrie. In den Branchen Wind und Solar kann die IG Metall natürlich nur dann vernünftig aktiv werden, wenn sie entsprechend Mitglieder hat.

Die Branchen Wind und Solar stehen vor einer schwierigen Zukunft. Jetzt ist die Gestaltung der Rahmenbedingungen entscheidend. Hier ist ausdrücklich die Politik im Boot. (siehe unten)

Darüber hinaus gilt: Erfolgreich waren die Branchen bisher durch innovative und intensive Forschungsarbeit erarbeitet. Eine auf Innovation ausgerichtete Unternehmens- und Branchenentwicklung setzt eine hohe Motivation und Qualifikation der Beschäftigten voraus.

Daher gilt:

- Erstens muss das Modell der Partnerschaft in den Branchen Wind und Solar deutlich ausgebaut werden. Diese über alle Interessengegensätze und Konflikte hinweg bewährte Partnerschaft ist der Nährboden für die außerordentlichen Leistungen, für die Kreativität in den Betrieben und damit für den Erfolg auf dem Weltmarkt. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall sind erfahrene Manager in Sachen produktiver Zusammenarbeit. Das heißt nicht, dass es sich hierbei um eine konfliktfreie Zone handelt. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe, das ist ein Dreierschritt: alle Interessen offen auf den Tisch legen. Vorrang für Gespräche, Verhandlungen und

Kooperation. Konflikte offen austragen und kreativ gemeinsam nach Lösungen suchen.

- Das heißt zweitens Tarifverträge abschließen. Sie geben Arbeitgebern und Arbeitnehmern Sicherheit – und erhöhen auch die Motivation der Beschäftigten (siehe oben). Inzwischen gibt es Beispiele für die positive Wirkung von Tarifverträgen. Zum Beispiel WeserWind (2010) oder Freiburger Solarfabrik AG und die Standorte von Bosch Solar in Erfurt und Arnstadt. Aussage des Vorstandsvorsitzenden von Bosch Solar, Holger von Hebel: „Die vereinbarten einheitlichen Regelungen bedeuten eine weitaus höhere Planbarkeit und Verlässlichkeit für das Unternehmen.“
- Drittens ist die betriebliche Mitbestimmung ein wichtiger Baustein sozialer Nachhaltigkeit. Wer eine motivierte Belegschaft will, der muss auch den Willen der Beschäftigten im Betrieb zur Geltung zu bringen. Eine der weltweit anerkannten Erfolgsvoraussetzungen für das Exportmodell Deutschland ist die Mitbestimmung im Betrieb, also die Wahl von Betriebsräten. Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit über die künftigen Rahmenbedingungen ist es notwendig, die Interessen der Belegschaften in die betriebsinterne und in die öffentliche Diskussion einzubringen. Die kompetente Mitwirkung von Betriebsräten ist für die betriebliche Entwicklung unverzichtbar. Betriebsräte kümmern sich um Arbeitssicherheit, um Arbeitszeitgestaltung, um das betriebliche Sozialwesen. Sie werden oft als Erste aufmerksam, wenn im Betrieb Probleme entstehen. Und sie arbeiten im Interesse der Beschäftigten daran mit, sie zu beheben. Sie stehen der Unternehmensführung als kompetente Verhandlungspartner bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens zur Seite.
- Viertens sollte diese Partnerschaft auch ein gemeinsames Auftreten gegenüber der Politik einschließen. Ziel muss eine zukunftsweisende Industriepolitik für die Branchen Wind und Solar sein. (siehe unten)

Was erwarten Sie in der Sache von der Politik?

Als junge, wachsende Industrien brauchen Wind und Solar verlässliche Wachstumsbedingungen. Stabile partnerschaftliche Beziehungen im Betrieb sind dabei ein zentraler Eckpfeiler. Dazu gehören aber auch angemessene staatliche Förderungsmechanismen und eine kluge Industriepolitik.

Lange waren die Branchen Wind und Solar im Aufwind bzw. auf der Sonnenseite. Mittlerweile gibt es enorme Verwerfungen auf den Märkten. In der Solarbranche sind ebenbürtige internationale Konkurrenten entstanden, die ihre Produktionskapazitäten durch systematische industriepolitische Maßnahmen massiv aufgestockt haben. Das Jahr 2011 kann als der Beginn einer Periode von Überkapazitäten und Preisverfall bezeichnet werden. Insolvenzen und Arbeitsplatzverlust sind die spürbarsten Folgen. Einstige Stars am Solar-Himmel wurden über Nacht zu Sorgenkindern. Nun trifft es auch die Windbranche, z.B. Fuhrländer in kontrollierter Insolvenz. Wir erleben einen Umbruch, der nicht die Industrie an sich zur Disposition stellt, sondern die Frage aufwirft, welche Unternehmen überleben werden.

Es wird maßgeblich vom Handeln der Politik, der Unternehmen mit Verbänden und den Gewerkschaften abhängen, Perspektiven für Beschäftigung und Wachstum zu entwickeln.

Erstens: Die Verunsicherung durch die Bundesregierung muss aufhören. Die Branchen brauchen dringend Stabilität. Was wir tatsächlich in der Bundesrepublik brauchen, ist eine veränderte Förderungsstruktur z.B. für die Photovoltaik anstelle ihres konzeptionslosen Abwürgens, an dem sich die zuständigen Minister versuchen.

Das EEG mit der in ihm verankerten Umlagefinanzierung stößt an seine Grenzen. Es kann stabilisieren, aber unter den heutigen Bedingungen bedarf es einer abgestimmten Industriepolitik.

Der Kern einer noch zu formulierenden Industriepolitik für Branchen Wind und Solar muss auf das Zusammenspiel von Forschung, Innovation und Produktion sowie das Gelingen der Energiewende in Deutschland ausgerichtet

sein. Dabei gilt grundsätzlich: Es ist höchste Zeit, dass die Branchen nicht nur als Energieerzeugung, sondern als eine Industrie wahrgenommen werden, deren Probleme nur sehr bedingt durch die Instrumente Zubausteuerung und Einspeisevergütung gelöst werden können. Vielmehr müssen jetzt Eckpfeiler gesetzt werden, um mittelfristig auf die konzentrierte Förderung von industrieller Produktionskapazität sowie von Forschung und Entwicklung umzustellen, um internationale Marktchancen zu eröffnen.

Die Förderung von industrieller Kapazität in Deutschland muss durch internationale Kooperation der Bundesrepublik mit Ländern flankiert werden, die eine Verbesserung und Modernisierung ihrer Energieversorgung anstreben. Das schafft Marktchancen. Wichtig ist, „Waffengleichheit“ gegenüber der Konkurrenz aus anderen Industrieregionen herzustellen, damit der Wettbewerb über Technologie und nicht über Lohndumping ausgetragen wird.

Innovationsallianz der Bunderegierung mit 100 Millionen Euro an Forschungsmitteln bis 2014, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen PV-Industrie zu unterstützen und Exportinitiative Erneuerbare Energien zur Unterstützung der Solarbranche bei der Erschließung ausländischer Märkte müssen in einer Industriepolitik aus einem Guss aufgehen.

Vielen technologisch gut aufgestellten mittelständischen Unternehmen fehlt in der aktuellen Situation eines internationalen Dumpingwettlaufs die „finanzielle Puste“, um den sich bereits in vollem Gange befindlichen Verdrängungswettbewerb überstehen zu können. Zukunftsfähige Unternehmen stehen vor einem möglichen Aus. Aus diesem Grunde schlägt die IG Metall vor, die Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen über zu entwickelnde Kreditprogramme der KfW zu verbessern.

Gleichzeitig spricht sich die IG Metall für eine Strukturpolitik aus, die mehr tut, als nur Industrieansiedlung zu fördern. Das Ziel von Strukturpolitik muss sein, funktionierende und miteinander verzahnt Wertschöpfungszusammenhänge auf regionaler, bundesweiter und europäischer Ebene zu schaffen, die

langfristig volkswirtschaftlichen Nutzen stiften. Im Sinne dieser ökonomischen Nachhaltigkeit fordert die IG Metall ein koordiniertes Vorgehen von Ländern und Kommunen z.B. für Installation und Betrieb von Aufdachanlagen und Freiflächenanlagen auf eigenen geeigneten Dächern und Flächen. Schon aus eigenem Interesse muss es eine Auflage darstellen, dass die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an in Deutschland ansässige Hersteller erfolgt.